

Dialogforum II: Nachbarschaft, Begegnung, Miteinander in der Innenstadt

Thementisch 4: Projekt „Angekommen“ | Modellvorhaben „Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum“ des Landes Hessen

Impulsvortrag: Bürgermeister Peter Klug, Stadt Laubach im Vogelsberg

In seinem Impulsvortrag zum Projekt „Angekommen“ bietet Bürgermeister Peter Klug einen Einblick in die Integrationsarbeit der Stadt Laubach im Vogelsberg. Als Modellvorhaben des Landes Hessen hat die Kommune Laubach eine Förderung von 60.000 Euro erhalten. Gleich zu Beginn betont Herr Klug, dass es in Kleinstädten oft schwierig ist, Projektverantwortliche zu finden, was sich in der niedrigen Bewerberzahl für das Modellvorhaben widerspiegelt.

Die gelungene Integrationsarbeit von Laubach basiert vor allem auf ausgebauten Netzwerken und guten Kontakten zu vielen Institutionen. Ein weiterer Vorteil sind die klar strukturierten ehrenamtlichen Organisationen, die dadurch gezielte und koordinierte Hilfestellung leisten können. Vor allem persönliche Kontakte, so hebt Peter Klug immer wieder hervor, haben sich als ein Erfolgsrezept herausgestellt. Gleichzeitig ist er sich bewusst, dass sich persönliche Kontakte durch Ortsvorstehende bereits bei einer 10.000-Einwohner-Kommune herausfordernd gestalten und in größeren Städten nur schwer umzusetzen sind.

Neben persönlichen Kontakten zu Unternehmen, Hauseigentümern usw. ist die Interaktion mit den Anwohnern und den Geflüchteten selbst ein zentraler Bestandteil seiner Kommunikationsstrategie. Um für Akzeptanz seitens der Anwohner zu werben, bedarf es einer transparenten Öffentlichkeitsarbeit. Zugleich müsse man in ein Gespräch mit den Geflüchteten treten, um ihnen zu vermitteln, was geht und was nicht geht. Durch den Kontakt könne man zudem selbst neue und aufschlussreiche Erfahrungen machen.

Das Gelingen der Integrationsarbeit hänge ebenso davon ab, dass die jeweiligen Ressorts der Verwaltungen zusammenarbeiten. In der Kommune Laubach konnten Stellen für einen Flüchtlingshelfer und einen Jugendarbeiter geschaffen werden. Der Flüchtlingshelfer fungiert aufgrund seiner sprachlichen Kenntnisse gleichzeitig als Dolmetscher. Bei Terminen von Geflüchteten mit beispielsweise Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeitern bemühe man sich, den Flüchtlingshelfer immer als Dolmetscher einzuplanen. Ohne Übersetzungsarbeit, davon ist Peter Klug überzeugt, funktioniert der Integrationsprozess nicht.

Abschließend fordert er mehr Unterstützung und ein größeres Bewusstsein für die Belange der Geflüchteten seitens der Politik ein. Aus eigenen Erfahrungen berichtet er von einem fehlenden Verständnis des Stadtparlaments. Dort werde beispielsweise die Meinung vertreten, dass es der Funktion des Flüchtlingshelfers nicht mehr bedarf, da die Zahl neuankommender Geflüchteter sinkt. Peter Klug plädiert für eine Haltung, die die dauerhafte Integration von Geflüchteten als Chance für ländliche Kommunen anerkennt.

In dem anschließenden Tischgespräch wurden sowohl Schwierigkeiten als auch Potenziale der Integrationsarbeit und neue Ideen diskutiert. Eine Schlüsselstellung in der Integrationsarbeit, so war man sich im Plenum einig, habe die interkulturelle Öffnung der Verwaltung inne. Allerdings gestalte es sich als schwierig, hierfür Verständnis auf allen Verwaltungsebenen zu schaffen. Dies gelte auch für die Anerkennung der Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe. Um hier einen Wandel zu erreichen, bedarf es nicht nur einer einmaligen Schulung zum Thema „Interkulturelle Öffnung“, sondern kontinuierlicher Fortbildungen für die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter. Weiterhin zeichnet sich der Einsatz von Dolmetschern als essentieller Bestandteil der interkulturellen Öffnung ab.

Nicht nur in der Verwaltung, sondern auch innerhalb der Kommune stoße man mitunter auf Unverständnis. So berichtet Herr Klug von einem durch Mund-zu-Mund-Propaganda entstandenen Schwarzmarkt für die Vermittlung von Wohnraum, der sich ausschließlich an Menschen ohne Fluchthintergrund richtet. Um solchen Dynamiken zu begegnen, hat die Stadt Laubach einen Flyer entwickelt, der zur Bereitstellung von Wohnraum aufruft. In dem Flyer werden allerdings bewusst nicht Geflüchtete als Wohnungssuchende genannt. Als erfolgreiches Konzept haben sich persönliche Kontakte und die Einsetzung von Ansprechpersonen bewährt. Dadurch entstehen neue Netzwerke und neue Möglichkeiten dafür, dass sich „Vorbildpersonen“ innerhalb der Geflüchteten-Community etablieren können. Solche „Vorbildpersonen“ können wiederum eine positive Wahrnehmung in der Kommune schaffen.

Ein weiterer Bereich, in dem sich persönliche Kontakte bewährt haben, ist die Arbeitsmarktintegration. Auf formale Anfragen bei Firmen erfolgt häufig keine Rückmeldung. Über persönliche Beziehungen ist erfolgreiche Vermittlung eher möglich. Dabei sollten die Rollen allerdings nicht zu sehr vermischt werden und das Jobcenter seine hauptverantwortliche Funktion beibehalten. Die Betriebe berichten allerdings auch von Problemen bei der Integration von Geflüchteten in Arbeit. So werden beispielsweise die Arbeitszeiten von manchen Geflüchteten nicht immer eingehalten. Dabei darf man jedoch nicht außer Acht lassen, dass Geflüchtete meist keine guten Anbindungen an den öffentlichen Nahverkehr haben, auf den sie angewiesen sind. Darüber hinaus spielen unterschiedliche Arbeitskulturen der jeweiligen Herkunftsländer eine Rolle. Um solchen Herausforderungen zu begegnen, wird vorgeschlagen, Vorbereitungsseminare zum Thema Beruf einzuführen, welche Hospitationen oder Praktika miteinschließen. Meist entsteht für die Geflüchteten nach den Sprachkursen eine lange Zeit ohne Beschäftigung, obwohl bei vielen eine große Motivation vorhanden ist. Ein zusätzliches Problem ist der jeweilige Rechtsstatus. Neben den genannten Problemen, aber auch aus anderen Gründen arbeiten etliche Geflüchtete schwarz. Da es sich bei Geflüchteten um eine junge dynamische Gruppe handelt, sollte es ein Ziel sein, Klein- und Mittelstädte für sie dauerhaft attraktiv zu gestalten. Dafür müssten aber ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden, was Fortbildungsangebote und Praktika einschließt.

Im Plenum war man sich einig, dass sich der Fokus der Integrationsarbeit nicht nur auf Probleme, sondern ebenso auf Potenziale und Erfolge richten muss. Mit Verweis auf Laubach wurde hervorgehoben, dass es positiv für eine Kommune ist, wenn die Initiative vom Bürgermeister ausgeht. So haben beispielsweise die Ortsvorstehenden des Landkreises Gießen, zu dem Laubach zählt, gemeinsam ein Integrationskonzept geplant und beschlossen. Für die Integrationsarbeit stehen laut Herrn Klug deshalb ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung, meist mangelt es jedoch an „Machern“, die Potenziale aufzeigen und die Initiative ergreifen. Damit mehr Personen in der Integrationsarbeit aktiv werden, müsse man auf die Menschen zugehen. Gleichzeitig müssten diejenigen, die bereits ehrenamtlich aktiv sind, Anerkennung und Unterstützung finden. In den meisten Fällen tragen Ehrenamtliche ihre Unkosten selbst. Hier müsste zumindest ein finanzieller Ausgleich möglich sein.

Im weiteren Verlauf der Diskussion werden Fragen des Erfahrungsaustauschs der Kommunen und Möglichkeiten der Evaluation der Integrationsarbeit erörtert. Als ein Problem wird unter anderem eine zu statische und zeitaufwendige Bürokratie gesehen. Projekte müssten derart viele Prozesse durchlaufen, dass der eigentlich geplante Zweck dem aktuellen Zeitgeschehen oft nicht mehr gerecht werden kann. Nicht nur die Bürokratie selbst, auch die Unterteilung der Migrantinnen und Migranten in unterschiedliche Gruppen sei zu starr. So werde die Integrationsarbeit aktuell häufig ausschließlich mit Geflüchteten verbunden, dabei gelte es auch andere Menschen zu integrieren.

In einem Fazit wurde daran appelliert, in der Integrationsarbeit nichts zu überstürzen; man benötig einen langen Atem, denn Integration sei ein Prozess von Generationen. Vielmehr sollte Akzeptanz dafür geschaffen werden, dass Lernprozesse dauern und sich nicht immer einfach gestalten. Der für die Bürokratie betriebene Aufwand sollte dabei nicht höher als jener für die Menschen selbst sein. Als zentrale Aufgabe gelte es weiterhin, ein Bewusstsein in der Verwaltung und der Bevölkerung zu schaffen oder auszubauen, das Deutschland als Einwanderungsland wahrnimmt und dessen kulturelle Vielfalt positiv bewertet.